

**The State of Reform in the Arab World 2009 – 2010.
The Arab Democracy Index. Edited by The Arab Reform
Initiative and The Palestinian Center for Policy and
Survey Research. March 2010.**

Zum zweiten Mal nach 2008 legt die „Arab Reform Initiative (ARI)“ mit Hilfe von 14 „Think Tanks“ aus der arabischen Welt, Europa und den USA ihren Bericht über den Stand des demokratischen Übergangs für zehn Länder vor – für Algerien, Ägypten, Jordanien, Kuwait, Libanon, Palästina, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen, also ohne Irak, die Golf-Emirate, Sudan, Libyen, Tunesien und Mauretanien. Ziel der 104-seitigen Dokumentation, die von elf Wissenschaftlern erstellt wurde, sind Bestandsaufnahmen und Empfehlungen in den Bereichen größerer politischer und persönlicher Freiheiten, der Förderung von sozialer Gleichheit und ökonomischer Beteiligungsrechte sowie der Reform des Bildungswesens durch Bereitstellung umfangreicher öffentlicher Mittel. Der vierteilige Bericht mit vierzig grundlegenden quantitativen und qualitativen Statistik-Indikatoren schließt in sein Urteil aus dem öffentlichem Diskurs gewonnene Eindrücke und Verhaltensmuster mit ihren Rückwirkungen auf das tägliche Leben der Menschen ein – im Spannungsfeld zwischen Gesetzgebung und politischer Praxis. Die Arbeit stand unter der Leitung des führenden palästinensischen Soziologen Khalil Shikaki vom „Palestinian Center for Policy and Survey Research“ in Ramallah.

In einem ersten Überblick stellen die Wissenschaftler fest, dass sich der demokratische Übergang überall in einem aufkeimenden Stadium befindet und seit den 1990er Jahren weitgehend von auswärtigen Ermutigungen abhängig ist, ohne allerdings an beachtlicher Stärke gewonnen zu haben: Lokale Eliten (Oligarchien, Sicherheitsdienste sowie Militär) und konservative Elemente sehen es gemeinsam mit der internationalen (Staaten-)Gemeinschaft auf die geringe Geschwindigkeit der Prozesse ab – mithin begegnen die

arabischen Gesellschaften einem elementaren Widerspruch, der von internationalen Akteuren ausgeht: dem Drängen auf Fortschritte bei gleichzeitigem Interesse, die jeweilige politische Stabilität nicht zu gefährden. Dabei ist der Abstand zwischen den Vorgaben in den Verfassungen im Verbund mit anderen autoritativen Texten und der praktischen Umsetzung am größten in Saudi-Arabien

- bei zunehmenden Eingriffen der Exekutive; hier steche der Abstand zwischen den Vorgaben und der Umsetzung besonders hervor,

gefolgt von Syrien mit seinem auf Vererbung basierendem republikanischen Regime

- bei verweigerten Rechten, politische Parteien zu bilden, bei Korruption in öffentlichen Institutionen sowie Misshandlung von Häftlingen,

und Ägypten, das vor einem Umbruch durch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2010 und 2011 steht¹,

- bei Misshandlung von Häftlingen, der Verletzung der Verfassung, der behinderten Zulassung politischer Parteien, der Zensur von Veröffentlichungen sowie der Beschränkung von Demonstrationen und Protestaktivitäten.

sowie Jordanien mit seiner auf Vererbung basierenden Monarchie

- bei fallender Glaubwürdigkeit der Regierung und steigender Intervention der Sicherheitsdienste auf der einen Seite und gleichzeitigen Erfolgen im Kampf gegen Korruption sowie politischer Reformfähigkeit auf der anderen. Das Haschemitische Königreich sei das „glasklare Beispiel“ für eine Autokratie, in

¹ Dazu mein Reisebericht „Ägypten: Bemerkungen zur Innen- und Außenpolitik“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

welcher der Monarch konstitutionelle Immunität genießt und als militärischer Oberbefehlshaber agiert²,

Im Vergleich dazu habe Libanon die größten Fortschritte gegenüber 2008 zu verzeichnen,

– obwohl nach wie vor Verletzungen der Verfassung, die Misshandlung von Häftlingen, willkürliche Festnahmen, beschränkte persönliche Sicherheit, Einsatz von Militärgerichten, hohe öffentliche Ausgaben für soziale Belange und eine große Zahl von frühzeitigen Schulabgängern zu verzeichnen seien. Die Autoren kritisieren mit Nachdruck das konfessionalistische System, „das dem Prinzip der Gleichheit und der Gerechtigkeit widerspricht und einen exklusiven Klub des politischen Feudalismus geschaffen hat, dessen Mitglieder alle Bemühungen um Reformen vereiteln und die an ihren Privilegien festhalten“ wollen³.

Ähnlich wie in anderen Ländern zeigt die Auswertung für Palästina (Westbank bei unvollständiger Datenlage für den Gazastreifen)

– eine fallende Glaubwürdigkeit der Regierung, die Lizenzierung politischer Parteien, willkürliche Festnahmen, Misshandlung von Häftlingen, Einschränkung der Versammlungsfreiheit und des Rechts auf friedliche Demonstrationen, mangelnde persönliche Sicherheit und hohe öffentliche Ausgaben für soziale Belange. Die Autoren verweisen jedoch ausdrücklich auf die „kolonialen Bedingungen, unter denen Palästina nach wie vor steht“, auf die „verdeckte Rolle auswärtiger Akteure (Israel, die USA und Europa)“ – auch wenn die Behauptung ihres umfassenden Einflusses zu kurz greife – sowie auf die komplette Abhängigkeit der

² Dazu mein Reisebericht aus Jordanien „Wir wollen unabhängig sein!“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

³ Dazu mein Reisebericht „Libanon: Konfessionalismus, Demokratie und Nahostkonflikt“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

Autonomiebehörde von auswärtigen Finanzzuflüssen. Gleichwohl seien die Werte der Gleichberechtigung und der sozialen Gerechtigkeit höher ausgeprägt als im arabischen Durchschnitt. Die dringliche Forderung nach einem Interessenausgleich zwischen „Fatah“ und „ Hamas“ ist unüberhörbar.

Wenn wir die Empfehlungen der Autoren auf einen gemeinsamen Nenner bringen wollen, dann zielen sie darauf ab, die Gewaltenteilung zu respektieren, die Rechte des jeweiligen Parlaments zu stärken, die Wahlgesetze demokratisch anzupassen, die Sicherheitsdienste zu kontrollieren, Gewerkschaften die freie Betätigung zu ermöglichen, den Zivilgesellschaften größere Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen, der Gleichberechtigung der Frauen Raum zu geben, die Sondergerichte abzuschaffen, Folterungen zu beenden sowie den Häftlingen faire Verfahren zu gewährleisten.

Interessanterweise ermahnen die Wissenschaftler das autokratische Regiment in Damaskus, „eine bürgerliche und demokratische Lösung für das kurdische Problem in die Wege zu leiten“, während man Empfehlungen an die Obergkeiten in Beirut vermisst, den Status der 350.000 bis 400.000 palästinensischen Flüchtlinge grundlegend zu verbessern. Die Entscheidung des Parlaments vom 17. August 2010, deren Arbeitsbedingungen anzuheben⁴, reicht bei weitem nicht aus.

In einem nächsten Arbeitsschritt wäre der Vergleich mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Israels hilfreich.

Reiner Bernstein

23.08.2010

⁴ Vgl. dazu die Eintragung am 17.08.2010 in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.